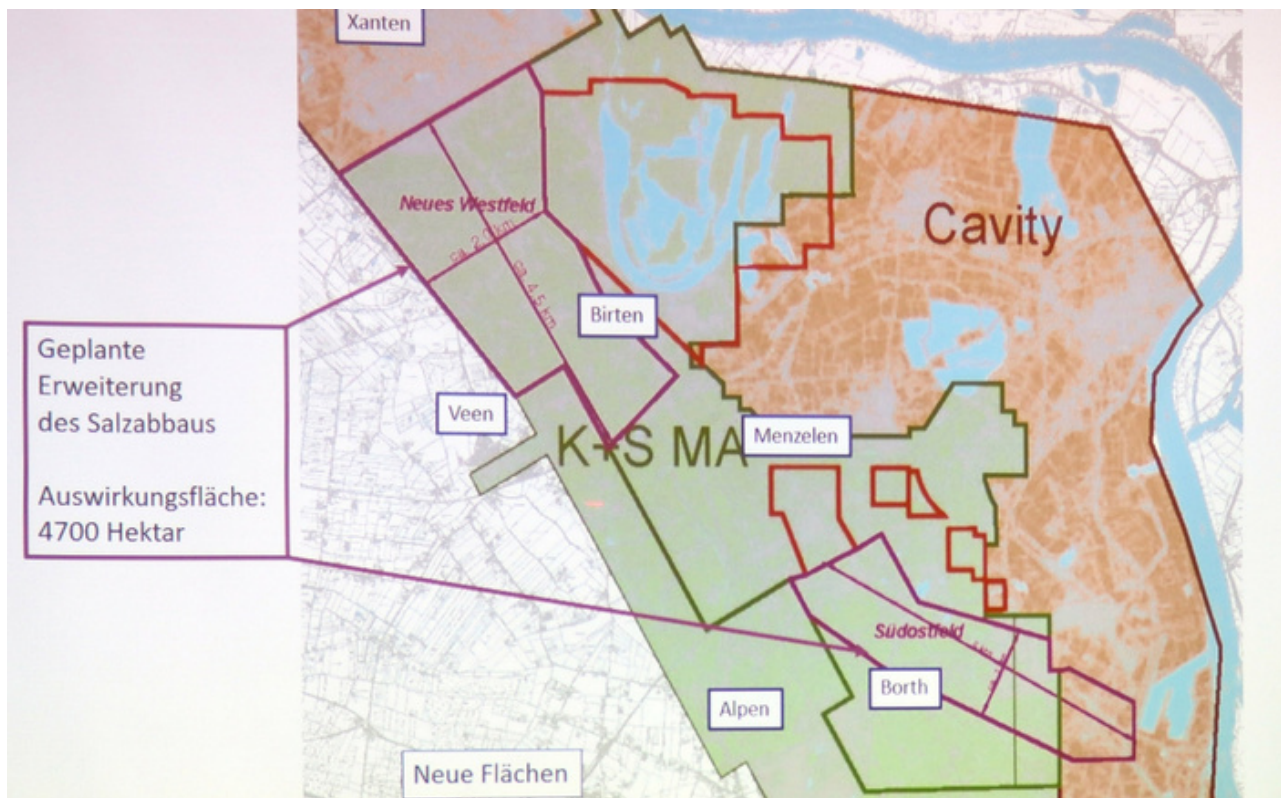


LOKALES

Pläne für Salz-Abbau sorgen weiter für Ärger

Die Bürgerinitiative fordert eine öffentliche Erörterung. Die Bezirksregierung will dagegen im Internet bleiben.



Diese Karte über die geplante Erweiterung hat die Bürgerinitiative bei einem Informationsabend in Veen gezeigt. RP-FOTO: ARMIN FISCHER

KREIS WESEL | (bp) Die Bürgerinitiative Salzbergbaugeschädigter ist „empört“, dass die Bezirksregierung Arnsberg im Planfeststellungsverfahren zur Erweiterung des Salzbergbaus unter Xantener, Alpener und Rheinberger Gebiet auf eine öffentliche Erörterung verzichten will. Die soll nicht wie üblich in einer öffentlichen Veranstaltung, sondern nur online – schriftlich – stattfinden.

Diese Art der Erörterung gebe jedem Einwender zwar erneut die Möglichkeit, online auf die Antwort von K+S zu reagieren – „aber eben nur im stillen Kämmerlein“. BI-Vorsitzender Torsten Schäfer sieht dadurch vor allem ältere Leute, die sich mit dem Internet nicht auskennen, ausgegrenzt. Die Bezirksregierung beruft sich auf die von der Pandemie verursachte Unplanbarkeit öffentlicher

Großveranstaltungen. Die Entscheidung, online zu erörtern, sei rechtlich zulässig.

Auch der Kreis Wesel ist mit dem geplanten Verfahren nicht zufrieden, wie Helmut Czichy, Chef-Techniker im Kreishauses, im Planungsausschuss gesagt hat. „Auch ich bin mit dieser Art der Erörterung nicht einverstanden“, sagt Claudia Kerkhoff von der Bürgerinitiative. „Dies kommt einem Durchwinken gleich, das dem Ringen nach Fairness und Transparenz entgegensteht. Die vielfältigen Bedenken der Menschen werden so nicht sichtbar.“ Die Bevölkerung müsse den Salzabbau „mit Steuererhöhungen, Straßensanierungsgebühren und eigenen Reparaturkosten sowie einer erhöhten Sicherheitsgefahr langfristig ausbaden“. Daraus leite sie das Recht ab, zumindest umfassend informiert zu werden.

In einer öffentlichen Erörterung hat jeder Einwender die Möglichkeit, vor dem Antragsteller (K+S) und der Bezirksregierung, die abschließend entscheidet, seine Bedenken zu vertreten. Die Bürgerinitiative appelliert an die Menschen im Abbaugbiet, sich möglichst zahlreich und zeitnah bei der Bezirksregierung Arnsberg zu melden, „um dort ein Umdenken auszulösen“.

2000 Einwendungen im Planfeststellungsverfahren, so die BI, seien ein eindrucksvoller Beleg dafür, „wie wichtig es den hier lebenden Menschen ist, sich mit ihrer und der Perspektive ihrer Nachkommen, auseinanderzusetzen“. Im Zentrum aller Sorgen stehe der Hochwasser- und Starkregenschutz. Auch Alpen, Rheinberg und Xanten sowie der Kreis Wesel hätten die Tragweite der geplanten Erweiterung erkannt. K+S sei seit acht Monaten damit beschäftigt, die gemachten Einwendungen zu bearbeiten.

Am Freitag, 10. Februar, befasst sich der Bürgerfunk auf Radio KW um 20.04 Uhr mit dem Salzbergbau und den Themen Erfassungsstelle, Erörterung und Schlichtung.